

Bündnis für Saarbrücken

Sozial gerecht. Wirtschaftlich erfolgreich. Ökologisch innovativ.

Vereinbarung

für die Ratsperiode 2009 bis 2014

zwischen SPD, DIE LINKE und Bündnis90/DIE GRÜNEN

SAARBRÜCKEN

SPD

DIE LINKE.

Kreisverband Saarbrücken

**BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN**



I. Präambel

Die Saarbrücker Wählerinnen und Wähler haben bei der Stadtratswahl am 7. Juni 2009 die bis dahin bestehende Ratsmehrheit aus CDU und FDP abgewählt und mit einer breiten Mehrheit die Parteien SPD, DIE LINKE und Bündnis90/DIE GRÜNEN mit der Aufgabe einer zukunftsfähigen Stadtgestaltung betraut. SPD, DIE LINKE und Bündnis90/DIE GRÜNEN haben die Entscheidung getroffen, diesen WählerInnen-auftrag anzunehmen und die Politik der Landeshauptstadt in der Ratsperiode 2009 bis 2014 federführend zu gestalten. Angesichts der Situation der Stadt Saarbrücken ist es zwingend notwendig, ein „**Bündnis für Saarbrücken**“ zu bilden, das Leitziele und Orientierung für die zukünftige Stadtpolitik bietet.

Die Landeshauptstadt Saarbrücken steht vor großen Herausforderungen. Der wirtschaftliche und soziale Strukturwandel hat sich zu einer Daueraufgabe entwickelt, wobei die ökologische Neuausrichtung ein integraler Bestandteil dieses Wandels ist. Die Bündnispartner stimmen darüber ein, dass Saarbrücken in seiner Rolle als **wirtschaftlicher Motor und urbanes Oberzentrum** des Saarlandes und der grenzüberschreitenden Region gestärkt werden muss.

Wie in vielen Städten, die mit den Folgen des Strukturwandels zu kämpfen haben, existieren auch in Saarbrücken soziale Problemlagen und ungleiche Lebens- und Versorgungsbedingungen. Die Bündnispartner werden mit ihrer **sozialen Stadtpolitik** die Gesamtverantwortung der Stadt deutlich machen und zum Abbau sozialer Benachteiligungen und Spannungen beitragen. Deshalb findet kein Abbau von Sozialleistungen in Saarbrücken statt.

Gute Bildung ist die zentrale Voraussetzung für Chancengleichheit und selbstbestimmte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Die Bündnispartner wollen daher die **kommunale Bildungslandschaft** in Saarbrücken weiterentwickeln und **bessere Bildungschancen** schaffen.

Die Landeshauptstadt hat sich bereits frühzeitig der Herausforderung der ökologischen Innovation und eines effektiven Klima- und Umweltschutzes gestellt. Die Bündnispartner sind sich darin einig, die Vorreiterrolle Saarbrückens im Bereich der Erneuerbaren Energien und der Energieeffizienz wieder aufzunehmen und den **Wandel hin zur ökologischen Stadt** voranzutreiben.

In den kommenden Jahren wird Saarbrücken eine Verkehrswende hin zu einer umweltverträglichen Mobilität einleiten. Die Landeshauptstadt muss diese Prozesse eigenständig gestalten.

Die **Sanierung der Stadtfinanzen** ist die entscheidende Voraussetzung, damit die Stadt Saarbrücken wieder ihre Handlungsfähigkeit auf breiter Basis zurückgewinnt. Alle Entscheidungen und Initiativen des Bündnisses stehen daher unter dem Vorbehalt der finanziellen Umsetzbarkeit.

Die Bündnispartner setzen sich für eine nachhaltige Verbesserung der kommunalen Finanzausstattung, eine Reform der Aufgabenzuweisung und eine nachvollziehbare Darstellung der Finanzströme für alle Verwaltungsebenen ein. Wir verfolgen das Ziel, Doppelstrukturen in der Verwaltung abzubauen und den Großraum Saarbrücken langfristig zu einer **Großstadt** zu integrieren.

Die innerhalb der Stadtverwaltung durch den Abbau von Doppelstrukturen frei werdenden Stellen werden wir in andere Verwaltungsbereiche verlagern. Ein Stellenabbau findet nicht statt.

SPD, DIE LINKE und Bündnis90/DIE GRÜNEN verstehen ihre Vereinbarung als bindende Selbstverpflichtung zu verantwortlicher und verlässlicher Stadtpolitik. Sie ist eine **Einladung an die Bürgerinnen und Bürger der Landeshauptstadt Saarbrücken**, sich im Interesse eines wirtschaftlich, sozial und ökologisch verantwortlichen Gemeinwesens einzubringen.

Diese Vereinbarung ist zugleich eine **Einladung an ALLE im Rat vertretenen Fraktionen**, Verantwortung zu übernehmen. Nicht zuletzt wird dies deutlich in dem Bekenntnis der Bündnispartner, das im Frühjahr 2009 von den damals im Rat vertretenen Fraktionen SPD, CDU, Bündnis90/DIE GRÜNEN und FDP gemeinsam beschlossene Stadtentwicklungskonzept zur Grundlage ihrer politischen Arbeit zu machen. **Eine offene, liberale Stadtgesellschaft kann vom konstruktiven Dialog und einer zukunftsorientierten Zusammenarbeit der politisch maßgebenden Kräfte in der Stadtpolitik nur profitieren.**

II. Die Prinzipien unseres politischen Handelns

Die Bündnispartner legen ihren stadtpolitischen Zielen die Prinzipien der Nachhaltigkeit, der Geschlechtergerechtigkeit, der Generationengerechtigkeit, der Integration und der Barrierefreiheit zu Grunde:

Mit dem Prinzip der **Nachhaltigkeit** verfolgen die Bündnispartner das Ziel, eine zukunftsfähige Entwicklung der Landeshauptstadt zu sichern, die sich an den Bedürfnissen der heutigen Generationen orientiert, die Entwicklungschancen künftiger Generationen wahrt und soziale, ökonomische sowie ökologische Grundlagen des Zusammenlebens in unserer Stadtgesellschaft gleichermaßen berücksichtigt.

Die Bündnispartner werden sich dafür einsetzen, dass geschlechtsspezifische Benachteiligungen auf allen Ebenen und in allen Bereichen abgebaut werden. Wir wollen in allen Handlungsfeldern der Stadtpolitik auf das Ziel der **Gleichstellung von Frauen und Männern** im Sinne einer wichtigen Querschnittsaufgabe der Stadtentwicklung hinarbeiten.

Die Bündnispartner wollen allen BewohnerInnen der Landeshauptstadt die Mitwirkung und Teilhabe am städtischen Leben erleichtern. Dabei gilt es Rahmenbedingungen zu schaffen, die es den Menschen ermöglicht, eine aktive und **selbstbestimmte Gestaltung ihres Lebens im Alter** zu ermöglichen.

Die Bündnispartner wollen im Rahmen ihrer Zuständigkeit und Mittel die soziale und kulturelle **Integration** unserer vielfältigen Stadtgesellschaft fördern. Einen Schwerpunkt sehen wir hierbei in der Integration von BewohnerInnen mit Migrationshintergrund.

Alle behinderten und nichtbehinderten BewohnerInnen sollen möglichst gleichberechtigt am sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Leben in Saarbrücken teilnehmen können. Deshalb wollen die Bündnispartner dazu beitragen, dass bestehende Mobilitätshindernisse und bauliche Beschränkungen ebenso wie soziale Schranken und Diskriminierungen im öffentlichen Leben abgebaut werden. **Wir wollen unsere Politik besser auf die Bedürfnisse von behinderten Menschen ausrichten.**

III. Haushalt und Finanzen

Die Haushaltslage der Landeshauptstadt zwingt zur politischen Prioritätensetzung. Die Bündnispartner verpflichten sich daher zu **striker Haushaltsdisziplin** und versprechen keine Luftschlösser. SPD, DIE LINKE und Bündnis90/DIE GRÜNEN werden ihre Haushaltspolitik nach den in der Präambel genannten politischen Schwerpunktsetzungen gestalten.

Unternehmen, Gewerbebetriebe und Handel sind in den vergangenen Jahren durch das so genannte „Gewerbesteuersenkungsprogramm“ und die Unternehmenssteuerreformen der Bundesregierung entlastet worden. Die Bündnispartner sehen angesichts der prekären Haushaltslage auf absehbare Zeit für weitere Entlastungen keine Handlungsspielräume. Eine Gewerbesteuersenkung kommt deshalb nicht in Betracht. Eine Erhöhung der kommunalen Steuern wird derzeit ebenfalls nicht in Erwägung gezogen.

Saarbrücken erbringt in seiner Funktion als **Oberzentrum** des Landes in vielfältiger Hinsicht Leistungen, die bei Forderung nach Kostenersatz vor allem bei der Bewältigung der Aufgaben, die bei der durch das Land gewährten **Finanzausstattung** nur unzureichend Berücksichtigung finden. Die Bündnispartner werden sich daher auf Landesebene für eine Aufgaben gerechte Finanzausstattung einsetzen.

Die städtischen Unternehmen sollen in ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit gestärkt werden. Ziel ist eine effiziente Aufgabenwahrnehmung im Bereich der **Daseinsvorsorge** und eine Verbesserung der Ausschüttungsfähigkeit an den Stadthaushalt.

Die Bündnispartner sind sich einig, dass ein Defizitenausgleich im städtischen Haushalt durch die Veräußerung städtischer Beteiligungsgesellschaften, die strategische und infrastrukturell bedeutsame Aufgaben für die Stadt erfüllen, kein geeignetes Instrument zur Haushaltssanierung darstellt. **Vermögensverzehr ist keine nachhaltige Finanzpolitik. Deshalb schließen die Bündnispartner weitere Privatisierungen öffentlicher Unternehmen aus.** Maßstab für eine erfolgreiche Finanzpolitik ist der Ausgleich zwischen kommunaler Aufgabenerfüllung und sparsamer Mittelverwendung.

Mit dem Übergang vom kameralen Haushalt zur Doppik verbinden die Bündnispartner das Ziel, eine verbesserte **finanzwirtschaftliche Transparenz** herzustellen.

IV. Arbeit, Wirtschaft und Wissenschaft

Das Angebot an Nachwuchskräften und Qualifizierungsmaßnahmen beeinflusst die regionale Wirtschaftsentwicklung. Um junge Nachwuchskräfte auszubilden und in der Stadt zu halten, wollen die Bündnispartner die **Ausbildungsinitiative der Landeshauptstadt und ihrer Beteiligungsgesellschaften** auf hohem Niveau und über den eigenen Bedarf hinaus fortsetzen. Gegebenenfalls ist eine **stadtkonzerninterne Ausbildungsplatzabgabe** zu entwickeln. Die Bündnispartner sind sich ihrer kommunalen Mitwirkungsmöglichkeiten bei der Beschäftigungspolitik bewusst und setzen sich dafür ein, dass in der Landeshauptstadt eine passgenaue Arbeitsmarktpolitik individuelle Förderangebote mit regionalen Anforderungen verknüpft. Dieser Prozess ist an den Arbeitsmarkt einzupassen und wird durch das städtische Beteiligungsmanagement begleitet.

Die Bündnispartner sehen die Notwendigkeit, auch weiterhin durch entsprechende Förderangebote Jugendliche und Erwachsene zu unterstützen, die aufgrund ihrer persönlichen oder sozialen Situation auf dem Ausbildungs- und Arbeitsmarkt in ihren Chancen beeinträchtigt sind. Aus diesem Grund werden wir das **Ausbildungszentrum Burbach (AZB)** in seiner Arbeit stärken. Gleichzeitig wird die gemeinsame Programm- und Maßnahmenentwicklung mit den bewährten Trägern in Saarbrücken beibehalten und nach arbeitsmarktpolitischen Bedarfen ausgebaut. Weiterhin erhalten Langzeitarbeitslose umfassende Hilfen durch die Einrichtung einer von der ARGE unabhängigen Arbeitslosenberatungsstelle.

Darüber hinaus wird das Ziel verfolgt, die Agentur für Arbeit bzw. die ARGE mit deren vielfältigen Instrumenten und Fördermittel zur Erwerbsintegration in die **Strategiebildung der lokalen Arbeitsmarkt- und Wirtschaftsförderung** einzubeziehen. Das Angebot von so genannten 1-Euro-Jobs und Praktika richtet sich strikt nach der gesetzlichen Vorgabe der Zusätzlichkeit. Es dürfen keine bestehenden Arbeitsverhältnisse gefährdet werden. Ziel ist stets die Eingliederung in den ersten Arbeitsmarkt.

Die Versorgung der Saarbrücker Bevölkerung mit öffentlichen Gütern von Energie über öffentlichen Nahverkehr, Wasser, Krankenhausleistungen bis hin zur Abfall- und Abwasserbeseitigung werden wir in kommunaler Hand behalten. Die Bündnispartner werden deshalb **einem Verkauf städtischer Unternehmen an Private** nicht zustimmen. Mögliche Kooperationen mit anderen öffentlichen Trägern sind auf ihre Wirtschaftlichkeit und Effektivität hin zu prüfen. Wir setzen uns für den weiteren Ausbau der Eigenerzeugung von Strom und Wärme bei den Saarbrücker Stadtwerken ein. Hierbei sind insbesondere die Regenerativen Energieträger verstärkt zu fördern.

Die Stadt und ihre Gesellschaften werden bei der Beschaffung und Auftragsvergabe soziale und ökologische Standards berücksichtigen. Neben der Einhaltung von Tarifverträgen – auch durch Subunternehmer – gehört dazu auch die Einhaltung von Standards (z. B. Bio, Fair), die in einem von der Verwaltung auszuarbeitenden Kriterienkatalog festgelegt werden. Die Bündnispartner setzen sich für ein **nachhaltiges, ökologisches Beschaffungswesen** bei der Landeshauptstadt, ihren Eigenbetrieben und Gesellschaften ein. Kooperationen mit weiteren öffentlichen Einrichtungen, z. B. anderen Kommunen oder der Landesregierung, sind anzustreben.

Die Landeshauptstadt braucht eine starke und Aufgaben gerecht ausgestattete **Wirtschaftsförderung**. Die Bündnispartner werden gemeinsam mit dem City-Marketing, den Ämtern für Wirtschaftsförderung und Stadtmarketing/ Öffentlichkeitsarbeit und der städtischen Wirtschaftsförderungsgesellschaft GIU Profilerungsstrategien für den Wirtschafts- und Einzelhandelsstandort Saarbrücken entwickeln und umsetzen. Die derzeit vakante **Leitung des Amtes für Wirtschaftsförderung** wird schnellst möglich wieder besetzt. Das Profil der Stelle wird entsprechend des Erfordernisses einer gemeinsamen Handlungsstrategie aller relevanten Verwaltungsteile bzw. Gesellschaften definiert.

Die Bündnispartner kommen überein, die GIU als Instrument der städtischen Wirtschafts- und Strukturpolitik zu stärken. Der in der vergangenen Ratsperiode ergangene Beschluss zum Verkauf des **IT-Parks Saar** wird aufgehoben.

Die Bündnispartner bekennen sich zum **Messestandort Saarbrücken**. Um den gehobenen Anforderungen gerecht werden zu können, wird das städtische Beteiligungsmanagement hierzu mit einem Planungsauftrag ausgestattet, mit dem Ziel, den Messestandort Saarbrücken gemeinsam mit dem Land weiterzuentwickeln.

Wir werden das **grenzüberschreitende und insbesondere das deutsch-französische Wirtschaftsprofil** schärfen. Die grenzüberschreitende Erschließung und Entwicklung von Gewerbe- und Dienstleistungsflächen ist gemeinsam mit den französischen Partner voranzutreiben. Die Bündnispartner unterstützen die Weiterentwicklung des Projektes **Eurodistrikt**.

Eine wichtige Aufgabe der Wirtschaftsförderung sehen die Bündnispartner in der Erarbeitung eines **Konzeptes zur qualitativen Entwicklung von Gewerbeflächen**. Dabei wird der intensiven Flächennutzung in vorhandenen Gewerbegebieten, nutzbaren Brachflächen und Flächenreserven den Vorrang gegeben vor der Ausweisung neuer Flächen. Die Landeshauptstadt wird die Initiative dahingehend ergreifen, das **Gewerbeflächenkataster** gemeinsam mit den umliegenden deutschen und französischen Kommunen zu einem **regionalen Gewerbeflächenmanagement** auszubauen. Damit verbunden ist die Arbeit an einem gemeinsamen und **grenzüberschreitenden Standortmarketing**. Hierzu wird ein Auftrag an das Stadtmarketing/Öffentlichkeitsarbeit und die Wirtschaftsförderung der Landeshauptstadt ergehen. Wirtschaftsförderung beschränkt sich nicht nur auf die Förderung von Neuansiedlungen, sondern muss auch die Bedürfnisse der ansässigen Betriebe berücksichtigen.

Die Betreiber der neuen Einkaufszentren ECE und Walter's Eck sollen in die **Vermarktung des Einzelhandelsstandortes Saarbrücken** einbezogen werden. Hierzu ergeht ein Auftrag an die städtische Wirtschaftsförderung und die City-Marketing GmbH.

Der Bereich Städtetourismus bildet einen wachsenden und zukunftsweisenden Wirtschaftszweig. Damit Saarbrücken noch stärker von dieser Entwicklung profitieren kann, ist eine **städtetouristische Gesamtstrategie** für die Landeshauptstadt erforderlich. Die Bündnispartner werden für Bestandsaufnahme und Weiterentwicklung des Städtetourismus in Saarbrücken die Vergabe einer Studie beschließen.

Saarbrücken muss sein Profil als Wissenschaftsstandort schärfen. Die Bündnispartner wollen die Vernetzung zwischen Hochschulen, Forschungs- und Entwicklungseinrichtungen sowie der Stadtverwaltung intensivieren. Diesem Ziel dient die Stärkung der „**Kontaktstelle Wissenschaft**“.

Die Bündnispartner werden dafür sorgen, dass die **innenstadtnahe Ansiedlung von dafür geeigneten Universitätseinrichtungen** ermöglicht wird. Die bisher vielen Bürgerinnen und Bürgern verborgenen Kompetenzen und Leistungen der Saarbrücker Hochschulen müssen stärker in der Innenstadt dargestellt werden. Die Bündnispartner wollen in Zusammenarbeit mit allen Hochschulen in der Innenstadt ein „**Hochschul-Info-Center**“ (Schaufenster Hochschule) schaffen. Dort werden zentral alle Informationen zu Studium, Lehre und Forschung an Saarbrücker Hochschulen zugänglich gemacht.

V. Klima, Energie, Umwelt und Verkehr

Die Bündnispartner wollen in den nächsten fünf Jahren den Wandel zur ökologischen Stadt vorantreiben. Zentraler Bestandteil dieser Bemühungen wird die strategische Neuausrichtung der Verkehrsplanung in Saarbrücken sein. Ziel ist die **ökologische Verkehrswende** hin zu mehr Fuß-, Rad-, Bus- und Bahnverkehr und einer Reduzierung des motorisierten Individualverkehrs. Die Neuausrichtung der Verkehrspolitik orientiert sich an den Handlungsempfehlungen des Saarbrücker Klimaschutzprogramms, das fortgeschrieben wird.

Wir setzen uns zum Ziel, bis 2020 eine **CO₂ - Reduzierung von 40 %** in der gesamten Landeshauptstadt zu erreichen. Hierzu sind geeignete Maßnahmen zu ergreifen. Der jährliche Klimabericht soll kontinuierlich weiterentwickelt, fortgeschrieben und überprüft werden. Neben der ökologischen Verkehrswende gehören die Förderung und Umsetzung von Maßnahmen zur **Energieeinsparung und Energieeffizienz** ebenso dazu wie der Ausbau der Erneuerbaren Energien zur Stromerzeugung sowie die Ausweitung erneuerbarer Energien im Wärmemarkt.

Die Bündnispartner setzen sich auf Landesebene dafür ein, dass ein **Förderprogramm für Nah- und Fernwärme** aufgelegt wird, das große und mittelständische Unternehmen sowie Privathaushalte einbezieht. Dabei soll eine leistungsbezogene Anschlussprämie bei Umstellung auf Nah- und Fernwärme gezahlt werden. Auch wird an dem Ziel gearbeitet, die Nah- und Fernwärmeförderung nach dem KWKG um mindestens 20 Prozent zu erhöhen.

Das **Amt für Klima- und Umweltschutz** wird beauftragt, gemeinsam mit allen entscheidenden städtischen Akteuren ein Konzept für konsequentes Energiemanagement zu entwickeln und zur Umsetzung zu bringen. Der Bau von **Photovoltaikanlagen** auf stadteigenen Gebäuden ist zu forcieren.

Kommunale Neubaumaßnahmen sollen in Zukunft nur noch nach **Passivhaus-Standard** erfolgen. Bebauungspläne sind unter diesem Kriterium weiterzuentwickeln.

Der Prozess einer dezidierten (Straßen-)Lärbetrachtung der Stadt wird auch in der nächsten Ratsperiode fortgesetzt und durch eine Arbeitsgruppe begleitet. Handlungsschwerpunkt wird neben der Diagnose von Lärm in den nächsten Jahren auch die Umsetzung konkreter Maßnahmen sein. Dazu wird ein **Haushaltsansatz „Lärmschutz“** mit einer angemessenen Summe ausgestattet. Insbesondere ist darauf zu achten, dass das Projekt „Stadtmitte am Fluss“ zukünftig stärker unter dem Aspekt der Lärminderung betrachtet und in die gesamtstädtische Aktionsplanung hierzu mit einbezogen wird.

In Kooperation mit dem Institut für Zukunftsenergiesysteme IZES und dem VVS-Konzern streben wir die Entwicklung der Tagesanlage Jägersfreude zum **Kompetenzzentrum für regenerative Energien, emissionsfreier Mobilität sowie E-Mobilität an.**

Im Bereich der **Hausmüllentsorgung und –verwertung** steht für die Bündnispartner der Ausbau eines nachhaltigen Abfallkonzeptes an erster Stelle. Deshalb werden wir die Einrichtung einer Arbeitsgruppe „saubere Stadt“ initiieren, die ein Konzept zur Errichtung lokal erreichbarer **Wertstoffhöfe** für alle Stadtbezirke erarbeitet.

Die Bündnispartner sehen in der **Müllverwiegung** das effizienteste Mittel, das Restmüllaufkommen zu reduzieren und Wertstoffe wie Glas, Papier, Kunststoff, Metall und Bioabfälle getrennt zu sammeln und zu verwerten. Die Auswirkungen der Einführung der Müllverwiegung werden wir deshalb erneut prüfen und darauf basierend dem Stadtrat einen Vorschlag zur Einführung der Müllverwiegung machen.

Die Erreichung des Ziels der ökologischen Verkehrswende erfordert ein abgestimmtes und vernetztes Vorgehen mit einer großen Zahl von Akteuren.

Dazu wird die Landeshauptstadt ihre strategische Verkehrsplanung neu ausrichten, weiterentwickeln und entsprechend personalisieren.

Die Landeshauptstadt wird bei zukünftigen Baumaßnahmen im Bereich des Straßenverkehrs dem Fahrrad- und Fußgängerverkehr Priorität vor dem motorisierten Individualverkehr einräumen.

Wir wollen eine **fahrradgerechte Stadt** und den Anteil des Radverkehrs bis 2015 von 3 Prozent auf 10 Prozent steigern. Die im **Veloroutenkonzept** der Landeshauptstadt beschriebenen Maßnahmen werden wir zügig umsetzen. Daneben werden die Bündnispartner die notwendigen Maßnahmen zur besseren Anbindung der Stadtteile ans Veloroutennetz durchführen.

Die Parksituation für Fahrräder insbesondere in der Innenstadt ist als eine dringliche Maßnahme sofort zu verbessern. Der Ausbau von **Fahrradverleihsystemen** wird seitens der Stadt unterstützt. Im Investitionshaushalt werden wir den Etat zur **Verbesserung der Radverkehrsinfrastruktur** mit einer angemessenen Summe ausstatten: Auf der Grundlage des Straßenbauetats im Investitionshaushalt der Jahre 2008 und 2009 ist eine Summe von jährlich zwei Millionen Euro (entspricht zehn Prozent) ausschließlich für den Radverkehr und die Radverkehrsinfrastruktur festzuschreiben. Ausgehend von nicht immer jährlich gleichbleibenden Investitionsbedarfen wird ein Fünfjahresplan über die Gesamtsumme von zehn Millionen Euro erstellt, sodass gewährleistet ist, dass die Mittel sinnvoll und im erforderlichen Umfang verausgabt werden können. Zur Aufwertung des Radverkehrs Saarbrücken werden wir eine langfristig angelegte Imagekampagne auf den Weg bringen.

Die vorgeschlagenen Maßnahmen können nur umgesetzt werden, wenn eine angemessene Personalisierung in der Verwaltung sichergestellt ist. Die Stelle des **Fahrradbeauftragten** wird daher zeitnah auf eine Vollzeitstelle aufgestockt.

Die Stadtverwaltung trägt Sorge dafür, dass in jetzigen „Hochburgen“ des Falschparkens (z. B. in der Bleichstraße) die Straßenverkehrsordnung unverzüglich und konsequent durchgesetzt wird. Das Falschparken von PKW auf Geh- und Radwegen wird konsequent geahndet. Wo dies durch Maßnahmen des Ordnungsamtes und der Polizei nicht zu einem nachhaltigen Erfolg führt, muss durch bauliche Änderungen die

Einhaltung der Straßenverkehrsordnung gewährleistet werden. Um dieses Problem grundsätzlich anzugehen, wird in der nächsten Ratsperiode auf der Grundlage einer Bestandsaufnahme der Parksituation ein **Parkraumkonzept** entwickelt. Dieser Prozess erfolgt in Kooperation mit den privaten Parkraumbetreibern. Ziel soll es sein, die Parkgebühren in der Innenstadt zu homogenisieren, Falschparken zu bekämpfen sowie im gesamten Parkraum Synergieeffekte zu heben. Neue MIV Parkflächen in der Innenstadt sind mit allen planerischen Mitteln zu verhindern.

Geschwindigkeitsbegrenzungen an Ortseingängen sind dort, wo es notwendig und sinnvoll ist, durch bauliche Maßnahmen zu unterstützen.

Die Bündnispartner wollen den Ausbau der Saarbahn voranbringen. Dies kann nur gelingen, wenn sich das Land verstärkt an der Unterhaltung des Fahrbetriebes in der Innenstadt beteiligt. Deshalb werden wir uns auf Landesebene für eine Neuverteilung der Regionalisierungsmittel im Bereich des Schienenpersonennahverkehrs mit dem Ziel einer stärkeren Berücksichtigung der Saarbahn einsetzen. Die Strecke vom Römerkastell nach Neuscheidt ist zu untersuchen und umzusetzen. Für die Strecke zwischen Dudweiler (Anbindung der Universität) und Forbach werden wir eine Machbarkeitsstudie in Auftrag geben. Im Dialog mit der DB und der Landesregierung ist darauf zu drängen, dass geplante Haltepunkte (z. B. IT-Park, Rockershausen) insbesondere auf der Strecke Völklingen – St. Ingbert eingerichtet werden und neue (z. B. Im Heimeck) untersucht werden. Darüber hinaus wird in Zusammenarbeit mit dem Land eine Studie zur Klärung der Frage entwickelt, auf welchen Strecken besser eine S-Bahn oder die Saarbahn verkehrt.

Die Bündnispartner setzen sich für eine **Verbesserung des Dienstleistungsangebotes im öffentlichen Nahverkehr** ein. Dies gilt insbesondere für die Vertaktung der einzelnen Verkehrssysteme, eine offensive Marketingstrategie und die Kunden-Mitarbeiter-Kommunikation in den Fahrzeugen. Der Sicherheitsaspekt erhält hohe Priorität. Dem ÖPNV wollen wir im Straßenverkehr Vorrang einräumen. Deshalb werden wir Bahn- und Busorientierte Grünschalungen bei den Lichtsignalanlagen optimieren.

Die städtischen Verkehrsunternehmen werden verpflichtet, bei Aufträgen an Subunternehmer nur tariftreue Unternehmen zu berücksichtigen und diese hinsichtlich ihrer **Tariftreue** auch zu überprüfen. Dazu gehört die Sicherstellung der eigenen Qualitäts- und Sicherheitsstandards bei Subunternehmen.

VI. Nachhaltige Stadt- und Stadtteilentwicklung

Die Bündnispartner erkennen das im Frühjahr 2009 beschlossene **Stadtentwicklungskonzept** als Grundlage ihrer stadtentwicklungspolitischen Ziele an. Zur Aufwertung der Innenstadt sollen die Erstellung und Umsetzung eines „Masterplans Ostviertel“ und das Quartiersentwicklungskonzept „Mühlenviertel“ vorangebracht werden.

Die Bündnispartner bekennen sich zu dem Projekt „Stadtmitte am Fluss“ als regional und grenzüberschreitend wirkendes Leitprojekt der Stadt und des Landes. Mit diesem Projekt wurde unter breiter Beteiligung der Bürgerschaft eine konstruktive und zukunftsorientierte Diskussion über die städtebauliche Entwicklung der Landeshauptstadt in Gang gebracht. Mit der Realisierung des Projektes verbinden die Bündnispartner den Einstieg in eine ökologische Verkehrswende, an deren Ende – ausgehend vom Stadtentwicklungskonzept – Saarbrücken seine Funktion als Oberzentrum in der Region auch in Zukunft sichert. Die Baukosten insbesondere für die Infrastrukturmaßnahme Autobahntunnel müssen auf den Prüfstand. Dies gilt auch für die geplante Parkhausinfrastruktur und die vorgesehenen Entflechtungen von Aus- und Auffahrten. **Die weitere konkrete Umsetzung des Projektes ist an die Darstellung der Gesamtfinanzierung gebunden.** Hier gilt ein Finanzierungsvorbehalt. Zur Sicherstellung der Finanzierung ist das Ergebnis des laufenden Großprojektantrages abzuwarten und eine Förderung aus Städtebaumitteln des Bundes anzustreben. Insbesondere die Bauphase muss genutzt werden, um eine Verkehrswende – das heißt eine Stärkung der umweltfreundlichen Verkehrsmittel – einzuleiten.

Innerhalb des nächsten Jahres ist unter Berücksichtigung des in Auftrag gegebenen **Verkehrsgutachtens** ein Konzept zu erarbeiten, welches der inhaltlichen Forderung dieses Umdenkens entspricht. Mittel wie Park & Ride und Park & Bike Systeme, Ausbau des ÖPNV, insbesondere die Saarbahn sowie generell die Verknüpfung der einzelnen Verkehrsträger sind zu entwickeln und zeitnah umzusetzen. In einer Arbeitsgruppe, die

sich aus Stadt- und Landesverwaltung, Saar- und Stadtbahn, Politik sowie externen Experten zusammensetzt, werden die Ergebnisse vorgestellt, kritisch diskutiert und in das Gesamtprojekt „Stadtmitte am Fluss“ integriert. Ein eigener Haushaltsanteil „Verkehrswende im ‚Großprojekt‘“ wird mit einer angemessenen Summe im Großprojekt ausgewiesen.

Die Landeshauptstadt ist angewiesen, diesen Prozess zu steuern und darüber ihre Verkehrsplanungskompetenz weiterzuentwickeln und zu personalisieren. Die Bündnispartner vereinbaren die Einrichtung eines personalisierten Aufgabengebietes zur „Strategischen Verkehrsplanung“ im Umweltdezernat mit dem Ziel der Vernetzung aller Verkehre und Verkehrsträger. Binnen eines Jahres werden die Verantwortlichkeiten definiert und innerhalb des Aufgabenfeldes „Strategische Verkehrsplanung“ gebündelt. Die Aufgabenstellung wird in Kooperation mit dem Stadtplanungsamt und Saarbahn/Bus durchgeführt. Der Fahrradbeauftragte wird dieser Stelle zugeordnet.

Um mit dem Großprojekt „**Stadtmitte am Fluss**“ heute schon anzufangen, sind sofortige Temporeduzierungsmaßnahmen und ein LKW-Überholverbot auf der BAB 620 im Innenstadtbereich bei der Landesregierung einzufordern.

Bei der Umsetzung des **Wohnbauprogramms** der Landeshauptstadt werden wir darauf achten, dass die Weiterentwicklung der Wohnmöglichkeiten in der Innenstadt vorrangig durch Umbau und Modernisierung des Bestandes sowie durch die Schließung von Baulücken erfolgt. Sinnvolle Instrumente hierzu können Sanierungssatzungen und ein aktives Baulückenmanagement darstellen. Dabei werden wir Wohnraum für junge Familien und altersgerechte und energiesparende Wohnweisen fördern. Insbesondere fördern wir die gesamte Breite **innerstädtischer Wohnformen** wie moderne, kostengünstige Stadthäuser, Baugruppen oder genossenschaftliches Wohnen, die den BewohnerInnen direkte Gestaltungsmöglichkeiten ihres Wohnumfeldes geben. Die Landeshauptstadt wird ein **Gütesiegel für familienfreundliche Wohnprojekte** vergeben.

Das **Leerstandskataster** wird fortgeschrieben. In Kooperation mit der Immobiliengruppe Saarbrücken werden wir die Einrichtung einer kommunalen Wohnungsbörse prüfen. Die Bündnispartner werden die Verwaltung beauftragen, im Einvernehmen mit den Mieter- und Vermieterverbänden einen qualifizierten

Mietspiegel für die Landeshauptstadt zu erarbeiten. Gleichzeitig werden wir die Verwaltung beauftragen, den Immobilienbestand mit Wohnnutzung an die SGS zu übertragen, soweit keine planungsrechtlichen Hindernisse (z. B. Nordtangente) bestehen. Die SGS soll den Investitionsstau – ggf. auch durch Verkauf an Investoren – abbauen, um eine nachhaltige Nutzung der Immobilien zu gewährleisten.

Die Aufwertung der Innenstadt und die **Förderung der Stadtteile** sind keine Gegensätze. Beide Aufgaben sind unmittelbar miteinander verbunden. Die Bündnispartner sind sich einig, die Stadtteile und Quartiere als attraktive Wohnorte gemeinsam mit der Innenstadt weiterzuentwickeln. Dabei werden wir insbesondere das **Freiraumentwicklungsprogramm** mit dem Erhalt von Grünflächen, der Gestaltung der Freiflächen und Stadtteilplätze sowie die **Leitlinien zur Nahversorgung** zur Sicherstellung einer wohnortnahen und fußläufigen Versorgung mit den Gütern des täglichen Lebens umsetzen. Hier sind insbesondere Nahversorger unter 800 m² in die Leitlinien mit einzubeziehen. Im Distrikt Rodenhof, welcher durch seine Innenstadtnähe einer besonderen Betrachtung verdient, werden Teile des Freiraumentwicklungsprogramms exemplarisch umgesetzt. Die Umsetzung ist gekoppelt an eine angemessene Bürgerbeteiligung. Sofern eine wohnortnahe Versorgung nicht möglich ist, stellen CAP-Märkte ein geeignetes Instrument dar, um der Nahversorgung gerecht zu werden. Die Bündnispartner werden solche CAP-Märkte fördern.

Neben den zentralen Kultureinrichtungen tragen die **stadtteilbezogenen Kulturangebote** zum kulturellen Profil der Landeshauptstadt bei. Die Bündnispartner werden die Kultur- und Lesetreffs als Projekte der Stadtteilkultur erhalten und fördern. Die Bürgerhäuser werden als Begegnungsräume für Vereine und Initiativen im Stadtteil aufrechterhalten.

Im Bereich der **Freizeit- und Sportinfrastruktur** werden wir schrittweise die Modernisierung von Hallen und Sportplätzen im gesamten Stadtbereich angehen. Die Jugendarbeit der Sport treibenden Vereine und die vereinseigenen Sporteinrichtungen werden wir weiterhin auf hohem Niveau fördern. Die Bündnispartner werden die **Hallen- und Freibäder** der Landeshauptstadt erhalten und – wo erforderlich – unter Beachtung der energetischen Optimierung sanieren. Um den wirtschaftlichen Betrieb der Bäder sicherzustellen, werden wir die Verwaltung mit der Erstellung eines **Bäderbetriebskonzeptes** beauftragen.

VII. Kulturstadt

Die Bündnispartner verstehen **Kultur als Pflichtaufgabe** und als öffentliches Gut, das allen zugänglich sein muss. Wir werden die kulturelle Infrastruktur fördern und die städtischen Institutionen nicht privatisieren. Das **Amt für kommunale Filmarbeit** werden wir erhalten und das Filmhaus am jetzigen Standort erhalten. Es soll geprüft werden, inwieweit Synergien durch eine Kooperation zwischen **Filmhaus** und Kino 8 1/2 zu schaffen sind.

Die öffentlichen Mittel für Kultur werden wir so einsetzen, dass sich neue, kreative Ansätze entwickeln können und bestehende Einrichtungen sich in ihrer Leuchtturmfunktion entfalten können. Das **Filmfestival Max Ophüls Preis** und die **Perspectives** als Festival der deutsch-französischen Bühnenkunst werden wir auf hohem Niveau fördern.

Daneben werden wir schrittweise die Mittel für die **Förderungen der Freien Kulturszene** anheben und die Förderkriterien transparent und gerecht ausgestalten. Die Räumlichkeiten des ehemaligen „Feuerdrachens“ am Landwehrplatz wollen wir als Spielstätte für die Freie Szene und als **Begegnungs- und Veranstaltungszentrum** ausbauen. Der Verein „Feuerdrache e. V.“ ist hierbei einzubinden. Hierzu werden wir die Verwaltung mit der Erstellung eines tragfähigen Konzeptes beauftragen.

Die Bündnispartner werden sich für den Erhalt der **Stadtgalerie** als Schaufenster der zeitgenössischen Kunst einsetzen. Sie soll künftig in städtischer Regie geführt werden. Das Kleine Theater wird in seinem Fortbestand in städtischer Trägerschaft gesichert.

Wir werden den Anstoß zu einer gemeinsamen Vermarktung der Kulturangebote in unserer Stadt geben. Dabei sind die Angebote in Trägerschaft des Landes, des Regionalverbandes und privater kultureller Angebote einzubeziehen.

In Erinnerung an den früheren SPD-Vorsitzenden und Antifaschisten **Max Braun** wird an der heutigen „Großherzog-Friedrich-Straße“ eine Gedenktafel aufgestellt. Die Bündnispartner initiieren in enger Abstimmung mit der Synagogengemeinde Saar eine Arbeitsgruppe mit dem Ziel, eine citynahe **Gedenkfläche für die namentliche Nennung der im Holocaust ermordeten Saarbrücker Juden** zu errichten.

VIII. Chancengleichheit, Bildungsgerechtigkeit, Teilhabe

Die Bündnispartner bekennen sich zu dem Ziel, die **lokale Demokratie** durch den Ausbau der Beteiligungsmöglichkeiten für die Bürgerinnen und Bürger an den Diskussions- und Entscheidungsprozessen zu stärken. Hierzu wird das Bündnis eigene Initiativen ergreifen. Einen Schwerpunkt werden wir im Sinne einer kinder- und jugendgerechten Stadt auf die Einbindung von Kindern und Jugendlichen in die Beteiligungsverfahren legen.

Im Bereich der **Kindertagesstätten** werden wir im Zuge der Umsetzung des Rechtsanspruchs auf einen Krippenplatz bis 2013/2014 mindestens 870 neue Betreuungsplätze für Kinder unter drei Jahren schaffen. Um dem Bedürfnis nach der Vereinbarkeit von Familie und Beruf Rechnung zu tragen und den Kindern optimale Entwicklungschancen zu ermöglichen, werden wir das Angebot an flexiblen Öffnungs- und Nutzungszeiten der Kitas erweitern. Dies gilt auch für die Zeit der Schulferien. Die Bündnispartner werden sich auf Landesebene für die schrittweise Abschaffung der Elternbeiträge für die Kindertagesstätten einsetzen.

Die Bündnispartner werden die in städtischer Trägerschaft befindlichen Grundschulen zu **offenen Stadtteilschulen** weiterentwickeln. Wir werden in Zusammenarbeit mit dem Land **mindestens drei weitere echte Ganztagsgrundschulen** errichten. Ziel ist darüber hinaus der weitere Ausbau von Ganztagsgrundschulen.

Zu einem funktionierenden und pädagogisch sinnvollen Ganztagsschulbetrieb gehört eine gesundheitsbewusste **Mittagsverpflegung**. Wir werden ab dem Schuljahr 2010/2011 schrittweise in den Ganztageseinrichtungen ein **kostenloses Mittagessen** für alle Kinder anbieten. Drittmittel sollen zur Finanzierung beitragen. Zudem sind die erforderlichen baulichen Voraussetzungen zu schaffen. Die Bündnispartner setzen sich darüber hinaus für eine Übernahme der Kosten der Mittagsverpflegung durch das Land ein. Für das Projekt „**Gesunde Ernährung in Kitas und Grundschulen**“ werden wir Mittel in den Haushalt einstellen.

Unser Ziel ist es, die Schulbuchausleihe durch Senkung der Bürokratiekosten für die Nutzer kostenfrei zu stellen. Die Gewährleistung der **Lernmittelfreiheit** ist eine Angelegenheit des Landes. Die Bündnispartner werden sich auf Landesebene für die Einführung der generellen Lernmittelfreiheit einsetzen.

Wir werden die Entwicklung von **Kinderbildungszentren** fördern. Hierzu werden wir die Erfahrungen des Kinderbildungszentrums Malstatt auswerten. Ziel ist die Fortführung der Arbeit des Kinderbildungszentrums und die Ausweitung der Standorte in anderen Stadtteilen.

Die Bündnispartner setzen sich für eine Bündelung der Hilfsangebote für Kinder und Eltern in **Familienkompetenzzentren** in Kooperation mit dem Regionalverband ein. Hier sollen die Beratung in Erziehungs- und Bildungsfragen, Gesundheitsdienste, Ernährungsberatung, Früh- und Sprachförderung sowie Weiterbildungsangebote unter einem Dach angeboten werden.

Um die Chancen unserer Jugendlichen in der Region zu stärken, werden wir mittel- und langfristig die **deutsch-französische Bildungs- und Ausbildungsstruktur** in Saarbrücken ausbauen. Dazu gehört das Angebot zweisprachiger Kindertagesstätten und binationaler Grundschulen.

IX. Solidarische Stadtgesellschaft, Integration

Die Projekte der **Gemeinwesenarbeit** leisten einen herausragenden Beitrag zur sozialen Stabilisierung in den Stadtteilen. Die Bündnispartner werden die Arbeit Gemeinwesenprojekte sichern. Darüber hinaus werden wir die Einrichtung eines neuen GWA-Projektes in Dudweiler prüfen.

Wir werden einen **Sozialpass** für Arbeitlose und Geringverdiener zur Nutzung von städtischen Einrichtungen einführen. Für die Nutzung der von der Landeshauptstadt Saarbrücken vorgehaltenen ÖPNV-Angebote werden wir einen Prüfauftrag an den VVS-Konzern leiten. Es wird keinen Abbau von sozialen Leistungen der Stadt geben.

Im Bereich der **Gesundheits- und Sozialwirtschaft** werden wir die Entwicklungs- und Ausbaupotenziale für die Landeshauptstadt ausloten. Diesem Ziel dient die Vergabe eines Studienauftrages.

Die Bündnispartner werden die Arbeit des **Zuwanderungs- und Integrationsbüros** stärken. Bei Neueinstellungen in der Verwaltung werden wir die Mitwirkungsrechte des ZIB entsprechend der Befugnisse des Frauenbüros (Quotierung) ausbauen.

Im Bereich der Verwaltung werden wir die Fortbildungsmöglichkeiten für die MitarbeiterInnen im Bereich Integration ausbauen. Migrationsbedingte Probleme in den Ämtern werden abgebaut.

Die **integrationspolitischen Leitlinien** bilden den Rahmen unserer Integrationspolitik. Die Bündnispartner werden ein Projekt zur „**modularen Sprachförderung**“ auf den Weg bringen.

X. Verwaltung

Die Bündnispartner schließen betriebsbedingte Kündigungen beim Personal der Stadt, ihrer Eigenbetriebe und Gesellschaften aus. Ebenfalls werden die Bündnispartner keine weiteren Stellen im öffentlichen Dienst abbauen. Es ist ein Personalentwicklungskonzept für die Verwaltung, die Eigenbetriebe und Gesellschaften zu erstellen, das insbesondere das Thema „Fort- und Weiterbildungen“ integriert.

XI. Personal

Die Bündnispartner stimmen überein, alle Personalentscheidungen einvernehmlich zu treffen. Ausschlaggebend hierfür sind Eignung und fachliche Qualifikation.

Die SPD erhält das Vorschlagsrecht für die Besetzung der Stelle des/der BürgermeisterIn zum 1.01.2010 mit dem Aufgabengebiet Finanzen.

Bündnis90/DIE GRÜNEN erhalten das Vorschlagsrecht für die Besetzung der Stelle des/der Beigeordneten mit dem Aufgabengebiet Umwelt, Recht und Integration zum 1.01.2010.

DIE LINKE erhält das Vorschlagsrecht für die Besetzung der Stelle des/der Beigeordneten mit dem Aufgabengebiet Soziales, Sicherheit und Sport zum 1.09.2010. Diesem Dezernat wird die Zuständigkeit für den Bereich Gesundheit/Klinikum zugeordnet.

Der weitere Aufgabenzuschnitt wird einvernehmlich vereinbart. Die Bündnispartner sind sich einig, dass die Wahlen zur Besetzung aller Ämter in der Sitzung des Stadtrates am 1. Dezember 2009 erfolgen.

XII. Prinzipien des Bündnisses

Das Bündnis für Saarbrücken versteht sich nicht als Koalition und auch nicht als feste Form der Kooperation, sondern als sachorientiertes Bündnis zur Umsetzung der in der vorliegenden Vereinbarung festgelegten Inhalte, Positionen, Projekte, Aufgaben und Ziele. Das Bündnis strebt eine konstruktive Beteiligung aller im Stadtrat der Landeshauptstadt Saarbrücken vertretenen Fraktionen an.

Gleichermaßen wird – unabhängig von jeweiligen politischen Mehrheiten - eine gute und erfolgreiche Zusammenarbeit mit der saarländischen Landesregierung, dem Regionalverband Saarbrücken, den umliegenden Städten und Gemeinden, insbesondere auch den französischen, dem Eurodistrikt sowie den Bezirksräten angestrebt.

Die Bündnispartner verpflichten sich, die in der vorliegenden Vereinbarung festgelegten Inhalte und Punkte getreu dem Wortlaut und dem Geist der Vereinbarung gemeinsam umzusetzen. Soweit vereinbarte Positionen der künftigen Konkretisierung und näheren Ausgestaltung in der praktischen Alltagsarbeit bedürfen, werden die Bündnispartner dies in gegenseitigem Vertrauen und Einvernehmen auf der Grundlage der in der Vereinbarung festgeschriebenen Inhalte und Ziele zuverlässig gewährleisten.

Für den Stadtrat, dessen Ausschüsse sowie die Beteiligungen der Landeshauptstadt Saarbrücken und deren Aufsichtsräte wird ebenso wie für Zweckverbände und sonstige Gremien, einschließlich des Kooperationsrates des Regionalverbandes Saarbrücken und des Eurodistrikts, ein gemeinsames Abstimmungsverhalten auf der Basis der sich aus der vorliegenden Vereinbarung ergebenden Zielsetzungen angestrebt.

Die Bündnispartner gehen davon aus, dass die Finanzierung der vereinbarten Aufgaben und Projekte auch angesichts der schwierigen finanziellen Situation der Landeshauptstadt möglich, vertretbar und sinnvoll ist. Die Umsetzung der vereinbarten Ziele hat insofern auch Vorrang vor anderen Aufgaben, sofern diese abweisbar sind. Sollte sich gleichwohl aufgrund noch nicht absehbarer finanzpolitischer Sachzwänge die Notwendigkeit ergeben, einzelne Aufgaben und Projekte zurückzustellen oder hiervon Abstriche zu machen, so sichern sich die Bündnispartner verbindlich zu, dies nur im gegenseitigen Einvernehmen zu tun.

Die in der vor uns liegenden Amtszeit des Stadtrates sich stellenden Aufgaben und Fragen lassen sich nicht sämtlich und im Einzelnen vorhersehen. Für von der vorliegenden Bündnisvereinbarung nicht erfasste Aufgaben und Bereiche erklären die Bündnispartner daher, sich hierbei untereinander und in Orientierung an den sich aus der Vereinbarung ergebenden Zielen abzustimmen und ernsthaft und konstruktiv nach einer übereinstimmenden Position zu suchen. Sofern sich eine solche im Einzelfall trotz aller Bemühungen nicht herstellen lassen sollte, ist jeder der Bündnispartner berechtigt, eine von einem oder beiden Bündnispartnern abweichende Position einzunehmen; dabei hat dieser jedoch die größtmögliche Rücksicht auf die berechtigten Anliegen und Interessen der anderen Bündnispartner zu nehmen.

Zur Abstimmung zwischen den Bündnispartnern wird ein Bündnisrat gebildet, der sich in regelmäßigen Abständen sowie bei Bedarf, insbesondere auch vor Stadtratssitzungen, trifft. Ihm gehören die Oberbürgermeisterin, die von dem Bündnis getragenen Beigeordneten und die jeweiligen Fraktionsvorsitzenden an. Weitere Personen können bei Bedarf im gegenseitigen Einvernehmen hinzugezogen werden. Die Bündnispartner sagen einander zu, etwaige Unstimmigkeiten und interne Bedenken frühzeitig und vertrauensvoll zu kommunizieren und hierfür nach gemeinsamen Lösungen auf der Grundlage der sich aus der vorliegenden Vereinbarung ergebenden Zielsetzungen zu suchen.

Diese Vereinbarung ist befristet bis zum Ende der laufenden Amtszeit des Stadtrates der Landeshauptstadt Saarbrücken.

Saarbrücken, 26. November 2009

für die SPD

für DIE LINKE

für Bündnisgo/DIE GRÜNEN

Horst Schmeer
Kreisvorsitzender

Rolf Linsler
Kreisvorsitzender

Thomas Brück
Kreisvorsitzender
